

MAZ-WESTHAVELLÄNDER 23.06.2011

POLIZEIREFORM: 24-Stunden-Geplänkel

Wie in der SVV Rathenow eine wichtige Resolution fast zerredet worden wäre

RATHENOW - Was im Kreistag und in der Gemeinde Milower Land nur wenige Minuten dauerte, artete in der Rathenower Stadtverordnetenversammlung zu einem munteren Streit aus, bei dem vergeblich der bessere Hüter einer 24-Stunden-Polizeiwache in Rathenow gesucht wurde. Die CDU hatte einen Antrag, der das forderte, etwas schärfer formuliert sowohl im Begehren als auch in der Begründung. Während sich die Christdemokraten gegenüber der Landesregierung für den Erhalt der 24-Stunden-Wache „aussprachen“, plädierten Linke zusammen mit SPD, Pro Rathenow und FDP für diese Version: „Die Landesregierung wird aufgefordert zu prüfen...“. Zwischen den Formulierungen gebe es Unterschiede, befand Andrea Voßhoff für die CDU. Und Andreas Gensicke, Fraktionsvorsitzender Christdemokraten verwies darauf, dass man befürchten muss, dass die Kriminalität in der Kreisstadt steigt, wenn das von der Landesregierung anvisierte Tagesrevier eingerichtet ist.

Die Polizeireform des Landes sieht vor, in Rathenow ein Tagesrevier einzurichten und in Falkensee eine Polizeiinspektion, die 24 Stunden geöffnet ist. Zugesichert wird von der Landesregierung, dass nach dem 1. Januar 2012, wenn die Reform greift, ebensoviele Polizeibeamte in Rathenow in der Wach- und Wechselschicht und bei den Revierpolizisten Dienst tun, wie derzeit. Nun hätten sich die Gruppen in der SVV gestern annähern können. Doch beide Seiten ließen erkennen, dass sie darauf kein Wert legten. Für die Linke erklärte Daniel Golze, er sei gestern im Vorfeld der Stadtverordnetensitzung auf die CDU zugegangen. Allerdings setzte er sich nicht mit dem Fraktionsvorsitzenden Gensicke in Verbindung, sondern meldete sich bei Bürgermeister Seeger. Zwischen ihm und den Christdemokraten hatte es aber vor Sitzungsbeginn offenbar keinen Kontakt mehr gegeben. Während der Sitzung zeigte die CDU kein Interesse mehr, mit den anderen Parteien gemeinsame Sache zu machen. Zwar hätte sich Golze vorstellen können, dem CDU-Antrag zu folgen. Da nach seiner Ansicht aber in der Begründung falsche Ansätze niedergeschrieben waren, hätte man die streichen müssen. „Dann streichen wir die Begründung eben“, hatte Andrea Voßhoff noch in den Saal gerufen. Allerdings hätte diese Bemerkung auch als Änderungsbegehren bezeichnet werden müssen, was nicht geschah.

Und so stand zunächst erfolgreich der Vorschlag der Linken zur Abstimmung, der zum Ziel hatte, den Wortlaut des CDU-Begehrens durch die anderen Formulierungen zu ändern. Die Christdemokraten enthielten sich, Andreas Gensicke stimmte gegen die Änderung. Der nun geänderte Antrag wurde immerhin fast einstimmig beschlossen. Auch die CDU stimmte zähneknirschend mit. (Von Joachim Wilisch)